

**Geschäftsführung
Ausschuss für die
Gleichstellung von Frau und
Mann**

Es informiert Sie	Bärbel Mittelman
Telefon (0202)	563 5604
Fax (0202)	563 8491
E-Mail	baerbel.mittelman@stadt.wuppertal.de
Datum	10.08.06

Niederschrift

über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für die Gleichstellung von Frau und Mann (SI/4398/06) am 31.05.2006

Anwesend sind:

von der CDU-Fraktion

Stv. Herr Andreas Bergmann , Frau Brita Krempel , Stv. Frau Ute Mindt , Frau Angela Priggert, Stv. Frau Gisela Schlüter,

von der SPD-Fraktion

Stv. Thomas Kring, Stv. Frau Ursula Schulz , Stv. Frau Christina Siemon, Stv. Frau Dudda-Dillbohner

von der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Frau Sylvia Meyer, Frau Gerta Siller

von der FDP-Fraktion

Frau Andrea Sperling ,

von der WfW-Fraktion

berat. Mitglied § 58 I S. 7 GO NRW

als sachkundige Einwohner/in

Frau Sigrid Dörpinghaus-Thiemann (Pro Familia), Frau Heidrun Feisel (Ev. Kirchenkreis), Herr Christoph Weber (Aids-Hilfe), Frau Katrin Weber (Frauen helfen Frauen)

als Gäste:

Frau Seidel (donumvitae)

Schrifführerin:

Bärbel Mittelman

Beginn: 16:00 Uhr

Ende: 17:18Uhr

I. Öffentlicher Teil

Die Vorsitzende vereidigte Frau Priggert als neues Mitglied des Ausschusses.

1 **Genehmigung der Niederschrift**

Beschluss des Ausschusses für die Gleichstellung von Frau und Mann vom 31.05.2006:

Die Niederschrift der letzten Sitzung wird genehmigt.

Einstimmigkeit

2 **Anfrage der CDU zur Situation von arbeitslosen Menschen über 50 Jahren** **Vorlage: VO/0333/06**

2.1 **Antwort auf die Anfrage der CDU zur Situation arbeitsloser Menschen über 50**

Vorlage: VO/0518/06

Die Fraktionen der CDU und SPD haben keinen weiteren Beratungsbedarf und bedanken sich bei der ARGE für die umfassende Antwort.

3 **Kosten für Verhütungsmittel und Sterilisation für ALG II Bezieherinnen** **Bericht des Arbeitskreises der Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen** **Vorlage: VO/0516/06**

Frau Seidel (donumvitae) bedankt sich für das Interesse an dem Anliegen und stellte den Arbeitskreis der Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen vor.

Sie erläuterte das Anliegen und berichtete, dass es auch überregionale Bestrebungen gibt, auf die Situation bzgl. der Übernahme von Verhütungsmittelkosten aufmerksam zu machen. Von Seiten der Bundesregierung gibt es widersprüchliche Aussagen dazu.

Frau Seidel bat um eine regionale Lösung.

Herr Bergmann wies darauf hin, dass es sich um eine freiwillige Leistung handelt, der bei der derzeitigen Haushaltslage nicht entsprochen werden könne.

In der Diskussion um kostengünstige Verhütungsmittel und die Verantwortung von Männern für die Verhütung wurde herausgestellt, dass Kondome kein sicheres Verhütungsmittel sei. Darüber hinaus sind immer noch viele Männer nicht bereit seien, Kondome zu benutzen. Außerdem sei es wichtig, dass Frauen selbst entscheiden können, ob sie und wie sie verhüten. Aufgrund der engen finanziellen Situation für die Betroffenen müssten viele der Frauen häufig entscheiden, ob z.B. Schulbücher oder Verhütungsmittel gekauft werden sollen.

Frau Meyer machte darauf aufmerksam, dass in anderen Städten NRW's an den Beratungsstellen angesiedelte Fonds o.ä. diese Kosten übernehmen würden. Die Stadt Mülheim sei der Auffassung, das es langfristig preiswerter sei, die Verhütung zu finanzieren als Familien mit ungewollten Kindern zu unterstützen.

In der anschließenden Diskussion wird nach den konkreten Zahlen gefragt. Eine exakte Erfassung hat nicht stattgefunden. Einigkeit besteht bei den Beratungseinrichtungen allerdings insoweit, dass die Folgekosten fehlender Verhütung volkswirtschaftlich nicht zu rechtfertigen seien. Die Kommune sieht sich jedoch aufgrund vorläufiger Haushaltswirtschaft nicht in der Lage, die Verhütungsmittelkosten zu übernehmen. Um auf Bundesebene auf diesen Misstand hinzuweisen, wird ein Schreiben an die Bundesregierung vorgeschlagen.

Diesem Vorschlag schließen sich die Faktionen an.

Beschluss des Ausschusses für die Gleichstellung von Frau und Mann vom 31.05.2006:

Abschließend wird entschieden, dass der Ausschuss in einem Schreiben an die Bundesregierung auf die bestehenden Missstände bzgl. der Kostenübernahme

für Verhütungsmittel hingewiesen wird.

4 Von "Unheimlich und co" zu "Sicher unterwegs" - Bericht über das Projekt

Frau Schnake (WSW) erläuterte das Projekt.

Im Laufe der Diskussion wurde herausgestellt, dass sich nicht nur Mädchen z.B. auf S-Bahnhöfen unwohl fühlen, auch Jungen und Erwachsene, vor allem ältere Frauen haben Angst. Mädchen seien durch diese Situation immer noch benachteiligt, da sie in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt sind, weil sie z.B. abends weniger alleine etwas unternehmen oder auf ihre Eltern angewiesen sind. Gleichzeitig sind Mädchen ein guter Indikator für unsichere Orte, die sich nachteilig auf die Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs auswirken.

Frau Mindt lobte die Bestrebungen, den ÖPNV sicherer zu gestalten, wies aber auch auf die Verantwortung der Familien hin, die Mädchen zu bringen oder abzuholen.

Frau Schulz berichtete, dass Angsträume schon seit fast 20 Jahren im Rahmen der Gleichstellung besprochen werden. Es habe auch schon viele positive Veränderungen gegeben. Sie bedankte sich auch für das aktuelle Projekt.

Frau Bocklage weist auf die Kurzfassung der Studie, die im Rahmen des Projektes erstellt wurde, hin. Sie bündelt die Sichtweisen sowohl aus der Pädagogik, als auch aus der Planung und regt somit eine übergreifende Kooperation an.

5 Sprachliche Gleichbehandlung

5.1 Sprachliche Gleichbehandlung von Frauen und Männern Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen Vorlage: VO/0376/06

Beschluss des Ausschusses für die Gleichstellung von Frau und Mann vom 31.05.2006:

Durch den weitergehenden Antrag der CDU- und SPD-Fraktion erledigt.

5.2 Sprachliche Kundenorientierung der Wuppertaler Stadtverwaltung Gemeinsamer Antrag der CDU-Fraktion und der SPD-Fraktion vom 19.05.2006 Vorlage: VO/0566/06

Frau Siller weist grundsätzlich darauf hin, dass ein rechtzeitiges Einbringen von Anträgen für die Ausschussvorbereitung hilfreich sei.

Frau Meyer erläuterte für ihre Fraktion, dass es 1990 bereits einen Beschluss zur sprachlichen Gleichbehandlung gegeben habe, dass dem aber gerade in den letzten Jahren immer weniger entsprochen werde. Sie stellt darüber hinaus den Antrag das Wort „geschlechtergerecht“ dem 2. Absatz des Antrages der CDU/SPD hinzuzufügen.

Frau Schulz schlug vor, in einem halben Jahr mögliche Veränderungen bzw. Abweichungen von einer geschlechtersensiblen Sprache zu überprüfen. Diesen Vorschlag greift Frau Siller auf und bittet die Verwaltung, in einem halben Jahr um einen Bericht.

Frau Bocklage weist darauf hin, dass sie die Unterlagen, die ihr zur Verfügung stehen, an die Redaktionsgruppe weiterleiten wird

Frau Meyer bittet um die Weiterleitung des Antrags der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen an den Ausschuss Zentrale Dienste.

Da der Antrag der CDU/SPD weitergehend ist, wird der Antrag der Grünen für erledigt erklärt und eine Weiterleitung daher als nicht erforderlich eingestuft.

Beschluss des Ausschusses für die Gleichstellung von Frau und Mann vom 31.05.2006:

Der Antrag ist einstimmig mit Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion der FDP angenommen

6 Bericht der Verwaltung

1. Frau Bocklage verweist auf die beigelegten Auszüge des Datenreports der Bundesregierung, die als Anlage zur Einladung mitgeschickt wurden.
2. Der Termin für die Information zum Gender Mainstreaming für den Rat und die Führungskräfte ist am 13. September um 16 Uhr.
3. In der nächsten Sitzung wird über die laufenden Genderprojekte berichtet.
4. In der Gleichstellungsstelle hat es personelle Veränderungen gegeben: Frau Vaupel hat zwischenzeitlich in das Familienbüro des Ressorts Kinder, Jugend und Familien und Frau Völker aus dem Fachbereich Kinder- und Jugendarbeit in die Gleichstellungsstelle gewechselt. Somit ist das Team der Gleichstellungsstelle seit dem 1.6. komplett. Darüber hinaus ist zur Zeit eine Praktikantin im Anerkennungsjahr bis zum Herbst beschäftigt.
5. Frau Mittelmann berichtet kurz zum Girls´Day 2006. Der schriftliche Bericht wird mit der nächsten Einladung als Anlage verschickt.
6. Frau Siller machte durch Handzettel auf Veranstaltungen des Frauenhaus aufmerksam.
7. Die Vorsitzende bat um Verschiebung des nächsten Termins der Ausschusses am 17. August auf den September. Dem stimmen die Ausschussmitglieder zu.

7 Anregungen und Wünsche

Frau Schlüter fragt nach, wie die Mail, die sie von Frau Bocklage bzgl. einer Anzeigenwerbung bekommen habe, zu verstehen sei. Ihr fehle die Anzeige, deshalb könne sie die Antwort nicht zuordnen. Frau Bocklage wird die Anzeige an den Verteiler mailen.

Gerta Siller
Vorsitzende

Bärbel Mittelmann
Schriftführerin